

Pflichtinformation – DS-GVO

Antragsbearbeitung

1. Verarbeitungsspezifische Informationen

Namen und Kontaktdaten der verantwortlichen Stelle	Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e.V., Anna-Louisa-Karsch-Straße 2, 10178 Berlin, +49(0)30.206 329 738
Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten	Per Post an vorbezeichnete Adresse, Zusatz: „Datenschutzbeauftragter“; per E-Mail: datenschutz@helmholtz.de
Kategorien von personenbezogenen Daten	Name, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse
Zwecke, für welche die personenbezogenen Daten verarbeitet werden sollen	Im Rahmen der Verarbeitung der Überprüfung zur Förderungszusage erheben wir Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns zukommen lassen. Zweck der Erhebung Ihrer Daten ist die Durchführung des Begutachtungs- und Antragsverfahrens. Die Daten dienen insbesondere zur Antragsbearbeitung und Kontaktaufnahme.
Rechtsgrundlage für die Verarbeitung	Art. 6 Abs. 1 lit. b) DS-GVO
Empfänger:innen oder Kategorien von Empfänger:innen der personenbezogenen Daten	Sämtliche Daten werden grundsätzlich ausschließlich von uns verarbeitet und nicht an Dritte weitergegeben. Davon ausgenommen sind die Empfänger:innen, welche im Rahmen des Begutachtungsverfahrens für uns tätig werden.
Übermittlung an ein Drittland inklusive der Maßnahmen zur Gewährleistung eines angemessenen Datenschutzniveaus bei der empfangenden Person	Im Rahmen des Begutachtungsverfahrens werden Ihre Daten an internationale Fachgutachter:innen zur Unterstützung des Auswahlverfahrens übermittelt. Diese erhalten Ihre Daten nur für den Zeitraum und in dem Umfang, der zur Durchführung erforderlich ist.
Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden	Eine Speicherung der Daten erfolgt nur solange dies aus rechtlichen Gründen oder gesetzlichen Verpflichtungen erforderlich ist.

2. Erforderlichkeit der Datenerhebung

Die Bereitstellung Ihrer Daten ist für eine mögliche Förderungszusage mit uns erforderlich. Sie sind nicht gesetzlich oder vertraglich dazu verpflichtet, uns Ihre Daten zu übermitteln. Da wir bei unserem Verfahren jedoch Angaben zu Ihrer Person benötigen, ist die mögliche Folge einer Nichtbereitstellung, dass wir Sie als Antragsteller:in bei uns nicht hinreichend berücksichtigen können.

3. Einwilligung der betroffenen Person

Soweit die verantwortliche Stelle personenbezogene Daten basierend auf einer Einwilligung verarbeitet, kann diese Einwilligung von der betroffenen Person jederzeit widerrufen werden. Der Widerruf berührt die bis zu Widerruf erfolgte Rechtmäßigkeit der Verarbeitung der personenbezogenen Daten nicht.

4. Rechte der betroffenen Person

Die betroffene Person hat nach der DS-GVO folgende Rechte und Ansprüche gegen den Verantwortlichen:

- das Auskunftsrecht (Art. 15 DS-GVO),
- das Recht auf Berichtigung (Art. 16 DS-GVO),
- das Recht auf Löschung (Art. 17 DS-GVO),
- das Recht Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO),
- das Recht auf Datenübertragung (Art. 20 DS-GVO) und
- das Recht auf Widerruf (Art. 21 DS-GVO).

5. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

Die betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde gem. Art. 77 DS-GVO. Demgemäß kann sich jede betroffene Person unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedsstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes beschweren, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DS-GVO verstößt.